

Pressegespräch

**Krisen bewältigen.
Vorsorge treffen. Zukunft gestalten.**

**Klare Schwerpunkte für einen Haushalt
in schwieriger Zeit.**

Haushalt 2022
Schwerpunkte und Änderungsanträge
der CDU-Landtagsfraktion

Mainz, den 17. März 2022

**Tischvorlage zum Pressegespräch mit dem
Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Christian Baldauf,
dem Leiter des Zukunftsfeldes Heimat und Finanzen,
Christof Reichert, und dem stellvertretenden
Fraktionsvorsitzenden, Gordon Schnieder,**

Eine Presseinformation der
CDU-Fraktion im
Landtag Rheinland-Pfalz

V.i.s.d.P.:
Leiter Pressestelle
Olaf Quandt

CDU-Fraktion im Landtag
Rheinland-Pfalz

Kaiser-Friedrich-Straße 3
55116 Mainz

Tel. 0 61 31 - 208 33 15
Fax 0 61 31 - 208 43 15

olaf.quandt@cdu.landtag.rlp.de

I. Einleitung

Der Haushalt für 2022 ist von großen Herausforderungen geprägt: Insbesondere die immer noch anhaltende **Corona-Pandemie**, die furchtbare **Flutkatastrophe im Ahrtal**, der **Klimawandel** und die Auswirkungen der militärischen Invasion **Putins in der Ukraine** bedeuten große Herausforderungen auch für unser Land. Hinzu kommen weitreichende Investitions- bzw. Entlastungsbedarfe, z.B. bei der **Verkehrsinfrastruktur**, im **Bildungs- und Gesundheitsbereich** oder bei den **Kommunen**, die sich über viele Jahre angestaut haben.

Diesen Herausforderungen wollen wir durch die gezielte Bereitstellung notwendiger Finanzmittel gerecht werden. Unsere Schwerpunktsetzungen haben wir in insgesamt **125 Änderungsanträgen** zum Haushaltsentwurf der Landesregierung umgesetzt.

Diese sog. Deckblätter beschreiben **Mehr- aber auch Minderausgaben** und zeigen ganz konkret, ausgedrückt in Zahlen, in welchen Bereichen die CDU-Landtagsfraktion zusätzlichen **Handlungs- oder Investitionsbedarf** sieht. Unterlegt werden diese finanzwirksamen Anträge durch **ca. 30 Entschließungsanträge**, die unsere politischen Schwerpunkte in Worte fasst und detailliert beschreiben.

Mit unseren Vorschlägen wollen wir:

Krisen bewältigen. Vorsorge treffen. Zukunft gestalten.

Das heißt,

wir stellen zukunftsgerichtet mehr Geld in den aus unserer Sicht zentralen Bereichen zur Verfügung. Zur Bewältigung der aktuellen Krisen und zur frühzeitigen Aufstellung für die Zeit danach:

- Wir reagieren mit höheren Investitionen auf die aus der **Corona-Pandemie**, der **Flutkatastrophe im Ahrtal**, dem **Klimawandel** und dem **Krieg in der Ukraine** resultierenden **Herausforderungen**. Zugleich schaffen wir **bessere Rahmenbedingungen z.B. für Schulen und Kitas** und investieren in die **Verkehrsinfrastruktur**.
- Nicht zuletzt die **Corona-Pandemie** zeigt, wie wichtig **Vorsorge** ist. Wir stärken deshalb z.B. die **medizinische Versorgung** und in Maßnahmen für den **sozialen Zusammenhalt**, aber auch in **Polizei** und **Feuerwehr**.

- Zielgerichtete Investitionen, insbesondere in die **Daseinsvorsorge** schaffen **Vertrauen**. Dazu gehört auch die Stärkung des unmittelbaren Lebensumfelds der Menschen. Wir schaffen deshalb schon heute eine bessere **Finanzausstattung unserer Gemeinden, Städte und Kreise**. Wir können nicht auf die Neuregelung der Kommunalfinanzen warten.

II. Investieren für eine gute Zukunft

Rahmendaten

Mit unseren Anträgen verändern wir bestehende und schaffen neue Hausansätze in einem **Volumen von rd. 550 Mio. Euro**.

Diese Ansatzserhöhungen gleichen wir durch **gezielte Einsparungen** in Höhe von rd. **150 Mio. Euro** und eine **Reduzierung der Haushaltssicherungsrücklage** von rd. **400 Mio. Euro** aus. Die Rücklage ist mittlerweile auf rd. 1,8 Mrd. Euro angewachsen und muss auf ein ausreichendes Niveau angepasst werden, statt Investitionen zu blockieren oder die Schuldentilgung zu verhindern. Dies hat auch der Landesrechnungshof in seinem Jahresbericht 2021 angemahnt.¹

Unsere Einsparungen gliedern sich wie folgt:

- **Kürzung neu geschaffener Stellen der neuen Landesregierung**: Durch die Neustrukturierung hat die Landesregierung 143 neue Stellen geschaffen. Mindestens 100 davon sind entbehrlich (**-120 Mio. Euro**).
- **Anpassung zu hoher Ansätze** an die Ausgabenrealität: Seit Jahren baut die Landesregierung zu hohe Reserven ein, um am Jahresende ein besseres Jahresergebnis präsentieren zu können. Dies ist auch aufgrund der hohen Haushaltssicherungsrücklage nicht notwendig (**-2 Mio. Euro**).
- **Reduzierung der Dienstreisen-Budgets** in allen Ministerien: Durch die Pandemie hat sich auch unsere Arbeitswelt verändert. Videokonferenzen haben an vielen Stellen Dienstreisen abgelöst – entsprechend können die Ansätze reduziert werden (**-6,7 Mio. Euro**).

¹ Jahresbericht 2021 des Landesrechnungshofes, u.a. S. 6, Nr. 3

- In allen Ministerien werden durch sog. **Globale Minderausgaben**, durch die Landesregierung selbst, zu hohe Planungen pauschal gekürzt. Dies muss auch für das Haus von Minister Schweitzer (Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung) gelten (**-4,75 Mio. Euro**).
- In verschiedenen Ministerien **kürzen oder streichen wir Ansätze** für Maßnahmen, die wir für **politisch falsch** oder **unwirksam** halten und reinvestieren die frei gewordenen Mittel in **neue Vorschläge** (z.B. Sport- und Vereinsförderung oder durch eine Innovationsstiftung).

Das große Investitionsproblem

Die Landesregierung lobt sich immer wieder selbst für ihre Investitionen in unser Land. Sie spricht davon „die Investitionen auf hohem Niveau stabil zu halten“. Mit diesem Mythos muss aufgeräumt werden:

- Das Land Rheinland-Pfalz trägt die rote Laterne der niedrigsten Investitionen im Vergleich mit allen deutschen Flächenländern.
- Zugleich werden Jahr für Jahr die geplanten Ziele nicht erreicht. Die Landesregierung vergleicht ihren Darstellungen hingegen Plan- mit Ist-Zahlen – ein Zahlentrick. Statt der angekündigten Steigerung um 30% gegenüber 2019, sieht die Realität anders aus:

Haushaltsansatz für Investitionen 2019: 1,25 Mrd. €

Haushaltsansatz für Investitionen 2022: 1,38 Mrd. €

Statt einer Steigerung von 30%, sind es also nur rd. 10%.

Gleichzeitig sind laut den offiziellen Statistiken die Baupreise in den letzten drei Jahren um 17% gestiegen. Faktisch investieren wir heute also weniger als mehr und das bei einem Investitionsstau von rd. 1 Mrd. Euro, alleine bei den Landesstraßen.

III. Unsere Schwerpunkte:

1. Sicherheit stärken:

Mehr Geld für den Zivil- und Bevölkerungsschutz, den Brand- und Katastrophenschutz

Das Jahr 2021 hat uns mit der Flutkatastrophe im Ahrtal auf fatale Art und Weise gezeigt, wie wichtig Brand- und Katastrophenschutz ist – und wie ernst wir ihn nehmen sollten. Die Arbeit vieler Ehrenamtlichen gewährleistet Sicherheit und Ordnung in unserem Land, dafür möchten wir unsere tiefe Dankbarkeit aussprechen. Gerade deswegen ist es aber auch wichtig, unsere Feuerwehren besser auszustatten. Moderne Fahrzeuge und Materialien verbessern nicht nur die Einsätze und schützen so unser aller Leben, sondern schützen in erster Linie auch unsere Brand- und Katastrophenschutzkräfte selbst.

Dem steht ein erheblicher Investitionsstau gegenüber, weshalb die Investitionen in diesem Bereich deutlich steigen müssen. Das gleiche gilt für den Bevölkerungsschutz. Auch in diesem Bereich hat uns die Flutkatastrophe einen besonders wichtigen Baustein deutlich gemacht: In Gefahrensituationen müssen die Menschen effektiv gewarnt werden. Hochleistungssirenen sind hierfür die erste Wahl. Das Land darf die Kommunen an dieser Stelle nicht allein lassen. Wir schlagen zusätzlich zu Bund und Kommunen eine dritte Säule durch das Land vor:

Hochleistungssirenen +20,5 Mio. Euro -> neu: 22,5 Mio. Euro

Weitere Anträge für das Thema Sicherheit:

- Katastrophenschutz-Zentren ertüchtigen! +7.200.000 €
- Investitionsstau der Feuerwehren abbauen +6.000.000 €
- Erhöhung Polizeizulage von mtl. 132 € auf 200 € +7.475.000 €
- Watfähige Fahrzeuge für Rettungsdienste +4.750.000 €

Insgesamt geben wir 49 Mio. Euro mehr für die Sicherheit unseres Landes!

2. Infrastruktur – Investitionen in die Zukunft

„Zukunft gestalten“ funktioniert am besten durch Investitionen in moderne Infrastruktur. Wir verstehen darunter neben Straßen, Brücken und Radwegen genauso Glasfaser, Mobilfunk, Schulen und Universitäten.

Das schafft die Grundlage dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger zusammen mit den Unternehmen unseren Wohlstand erhalten und ausbauen. **Investitionen sind die Messlatte, wie viel Zukunft in einem Haushalt steckt. Wie groß das Problem in Rheinland-Pfalz ist, haben wir bereits dargestellt.**

Damit geben wir uns aber nicht zufrieden. Die CDU-Landtagsfraktion schlägt ein Sonderprogramm Zukunftsinvestitionen vor. Wir wollen in den kommenden fünf Jahren 1 Milliarde Euro **mehr** für Investitionen in Rheinland-Pfalz bereitstellen. Um einige Beispiele zu nennen:

- Stück für Stück wollen wir marode Gebäude an der Universitätsmedizin erneuern
- **Investitionen in Landesstraßen sollen auf 200 Millionen Euro erhöht werden.**
- Flächendeckend Glasfaser und Mobilfunk und Masten auf öffentlichen Gebäuden
- Kommunen sollen bei der Planung von Radwegen unterstützt werden
- Landesliegenschaften werden energetisch saniert

Aus unseren Anträgen zum laufenden Haushalt:

| | |
|---|---------------|
| Mehr Geld für Landesstraßen | +27.500.000 € |
| Erhöhung Zuweisung Kommunalstraßen | +13.765.100 € |
| Erhöhung Sonderprogramm Kommunale Brücken | +2.602.000 € |
| Investitionsstau bei Sportstätten abbauen | +4.771.300 € |
| Schaffung einer Innovationsstiftung RLP 2.0 | +1.000.000 € |

Wir geben 54 Mio. Euro mehr in die Infrastruktur unseres Landes!

3. Investitionen in gute Bildung

Im Bereich der Bildung wollen wir uns auf drei Schwerpunkt konzentrieren:

Schulsozialarbeit stärken

Schule benötigt Schulsozialarbeit. Politik, Verwaltung, Lehrerverbände und Eltern fordern dies seit langer Zeit einhellig. Eine ausreichende und qualifizierte Schulsozialarbeit in allen Schulen ist unerlässlich – sowohl reaktiv, als auch präventiv. Die bereitgestellten Mittel in Rheinland-Pfalz reichen nicht aus, um den Bedarf auch nur ansatzweise zu decken.

Förderung Schulsozialarbeit +2.500.000 €

Unterrichtsversorgung von 105 Prozent

Eine gute Qualität der Bildung ist für uns besonders wichtig. Wir sehen es als unsere große bildungspolitische Herausforderung, das Versprechen vom „Aufstieg durch Bildung“ neu in RLP zu beleben. Unterricht muss verlässlich erteilt werden. Deshalb stehen wir für eine Unterrichtsversorgung von 105 Prozent. Die Schulen werden mit den von uns geforderten zusätzlichen Stellen einen ersten wichtigen Schritt gehen können, um die große Lücke in der Unterrichtsversorgung schließen zu können.

Unterrichtsversorgung 100 plus +30.000.000 €

Corona-Folgen für Kinder und Jugendliche abmildern

Die Kinder gehören zu jenen, die mit am stärksten von Einschränkungen der Pandemie betroffen sind. Wir als CDU-Fraktion stimmen der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina zu: Gerade Kinder und Jugendliche haben sehr unter den Bedingungen durch die Pandemie gelitten. Jetzt gilt es, aufzuholen! Wir schlagen vor, Kinder und Jugendliche mit wirkungsvollen Programmen zu unterstützen.

| | |
|--|---------------|
| Programm Startergruppen Kita-Schule | +10.000.000 € |
| Zuschüsse für Jugendarbeit | + 620.165 € |
| Zuschüsse für Kinderschutzarbeit freier Träger | + 79.700 € |

Weitere Anträge:

| | |
|---------------------------------------|---------------|
| Förderung Bau von Kitas | +50.000.000 € |
| Digitales Lernen in der Weiterbildung | + 2.200.000 € |
| Mehr Geld für die Musikschulen | + 1.000.000 € |

Insgesamt rd. 63 Mio. Euro mehr für die Bildung unserer Kinder!

4. Klimaschutz

Auch im Klimaschutz wollen wir drei Schwerpunkte nennen.

Auf jedes Dach des Landes gehört eine PV-Anlage

Es ist ungerecht, dass wir Betriebe verpflichten, Solaranlagen auf ihre Dächer zu bauen und die öffentlichen Gebäude ausnehmen. Dazu stellen wir drei Millionen Euro bereit, um mögliche Zinszahlungen für den Anlagenbau zu bedienen.

Initiative „Eine PV-Anlage auf jedes Dach des Landes“ +3.000.000 €

Wasserkraft

Wasserkraft ist ein nicht zu unterschätzender Energielieferant, weil sie grundlastfähig ist. Wir sollten unsere Wehre und Wasserkraftanlagen ausbauen, nicht abbauen. Deshalb stellen wir gut zwei Millionen Euro für Fischaufstiege bereit. Artenreichtum und Wasserkraft schließen sich nicht aus. Wenn man es richtigmacht, unterstützen sie sich!

Gewässerschutz +2.243.700 €

Nachhaltiger Waldumbau

Der Wald hat verschiedene Funktionen, darunter Holzproduktion, Erholung aber auch eine Klimafunktion, indem er CO₂ bindet. Aktuell wird nur die Holzproduktion finanziell vergütet. Wir wollen die Klimaleistung des Waldes honorieren. Wenn es einen CO₂-Preis gibt, sollte es auch eine Vergütung für die CO₂-Bindung geben. Hierfür setzen wir 64 Millionen an. Mit diesem Geld können kommunale und private Waldbesitzer den nachhaltigen Waldumbau finanzieren. Denn je mehr CO₂ gebunden wird, desto mehr Kompensation sollen die Besitzer erhalten.

Waldprämie zur Honorierung der Klimaleistung des Waldes +63.000.000 €

Mit der CDU-Fraktion gibt es rd. 69 Mio. Euro mehr für den Klimaschutz

5. Gesundheitsversorgung und Sozialer Zusammenhalt

Unser fünfter Schwerpunkt steht unter dem Leitbild des Zusammenhalts der Gesellschaft. Das bedeutet für uns eine breite Gesundheitsversorgung in der Stadt und auf dem Land und mehr Gerechtigkeit und Vertrauen in sozialen Fragen.

Landesgesundheitsamt

Die Corona-Pandemie hat die besondere Bedeutung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) aufgezeigt und zugleich verdeutlicht, dass eine Verstärkung dieser tragenden Säule des Gesundheitswesens notwendig ist. Das Land muss mehr Verantwortung für Bedarfsgerechtigkeit und Qualitätssicherung übernehmen. Ein Landesgesundheitsamt, als zentrale Behörde zur fachlichen Unterstützung und Koordination eines einheitlichen Vorgehens, kann die einzelnen Gesundheitsämter effektiv in ihrer Arbeit unterstützen. Das gilt für die künftige Pandemiepolitik zur Gefahrenabwehr und darüber hinaus zur allgemeinen Förderung der Bevölkerungsgesundheit.

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Landesgesundheitsamt – Planungskosten | +500.000 € |
|---------------------------------------|------------|

Ausbau der Studienplätze für Humanmedizin und Pharmazie

In der Erhöhung der Anzahl der Studienplätze liegt ein Schlüssel für die Sicherung der medizinischen Versorgung, die ohne Fachkräfte in Praxen, Krankenhäusern, Apotheken, im Öffentlichen Gesundheitsdienst, sowie in Industrie, Wissenschaft und Verwaltung nicht zu stemmen ist. Rheinland-Pfalz weist seine eigene Verantwortung hier noch von sich. Die medizinische Versorgung, eine Erhöhung der Studienplätze, sei eine „gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, die im Bund angegangen werden müsse, so die regierungstragenden Fraktionen im Februarplenum 2022. Fakt ist aber: Andere Bundesländer haben ihre eigene Verantwortung in diesem Bereich bereits erkannt und bauen die Studienkapazitäten konsequent aus. Im Fall der Humanmedizin mag Mainz zwar einer der größten Ausbildungsorte in Deutschland sein, nur gibt es in anderen, vergleichbar großen, Bundesländern eben nicht nur eine medizinische Fakultät, sondern mehrere. Gemessen an unserer Bevölkerungsgröße ist eine zweite medizinische Fakultät kein Luxus, sondern nur folgerichtig.

| | |
|--|--------------|
| Studienkapazitäten für Medizin erhöhen | +6.680.000 € |
| Studienkapazitäten für Pharmazie erhöhen | +400.000 € |

Krankenhausinvestitionen

Die Krankenhausinvestitionsförderung der Landesregierung bleibt seit Jahren hinter dem Bedarf zurück, die Investitionsquote liegt unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Das kritisieren die Krankenhausgesellschaft und die Kassen zu Recht. Die vorgenommenen Erhöhungen im Haushalt von 8 Mio. Euro sind ein symbolisch richtiger Schritt, werden aber allein von den Baupreissteigerungen konsumiert. Mit zusätzlichen 50 Mio. Euro möchte unsere Fraktion einer Krankenhauslandschaft, die in der Corona-Pandemie herausragendes geleistet hat und weiterhin leistet, angemessene Finanzmittel zur Verfügung stellen, die für notwendige Investitionen benötigt werden.

| | |
|---------------------------------------|---------------|
| Erhöhung der Krankenhausinvestitionen | +50.000.000 € |
|---------------------------------------|---------------|

Weitere Soziale Themen, die wir mit Anträgen hinterlegt haben:

| | |
|--|--------------|
| Einführung Landesgehörlosengeld, Erhöhung Blindengeld | +2.450.000 € |
| Mehr Geld für die Schuldnerberatung, Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, Bekämpfung der Armut und Teilhabe Behinderter | +1.801.000 € |
| Mehr Geld für die Wohlfahrtsverbände | +1.000.000 € |

Insgesamt geben wir zusätzlich mehr als 62 Mio. € für Gesundheit und Soziales

6. Kommunen handlungsfähig machen, Vorsorge für die Folgen des Ukraine-Kriegs treffen

Den Kommunen in Rheinland-Pfalz fehlen jedes Jahr mindestens 300 Mio. Euro, um nahezu flächendeckend einen ausgeglichenen Haushalt ausweisen zu können. Aufgrund des verfassungswidrigen Kommunalen Finanzausgleichs für das Jahr 2022 und der wirtschaftlichen Stärke des Landes Rheinland-Pfalz soll mit den hier zur Verfügung gestellten 300 Mio. Euro eine zusätzliche Neuverschuldung der Städte, Landkreise und Gemeinden in Rheinland-Pfalz bis zur Neuaufstellung der Kommunalfinanzen verhindert werden. Die finanziellen Hebel des Steuerverbunds, der Verstetigungssumme und der Schlüsselzuweisungen wollen wir so anpassen, dass die Gemeinden und Gemeindeverbände entsprechend ihrer Größe gleichermaßen am Aufwuchs partizipieren.

| | |
|---|----------------|
| Erhöhung des Kommunalen Finanzausgleiches | +300.000.000 € |
|---|----------------|

Gemeinsam mit den anderen demokratischen Fraktionen im Landtag Rheinland-Pfalz haben wir uns darauf verständigt, den Kommunen schnell und umfassend bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtenden und Vertriebenen aus der Ukraine zu helfen. Hierfür stellen wir 20.000.000 € aus der Haushaltssicherungsrücklage zur Verfügung.

320 Mio. Euro mehr für starke Kommunen in Rheinland-Pfalz!

7. Weitere Schlaglichter

Zum Schluss möchten wir auf einige weitere Anträge aufmerksam machen:

| | |
|---|-----------|
| Etablierung eines Beauftragten für die Angelegenheiten der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler | +25.000 € |
|---|-----------|

| | |
|--|--------------|
| Mehr Personal, Ausstattung und ein faires Zulagensystem in der Justiz | +3.800.000 € |
|--|--------------|

| | |
|--------------------------|------------|
| Thema Frauen und Mädchen | +175.000 € |
|--------------------------|------------|

- Maßnahmen für Frauen und Mädchen in psychosozialen und gesundheitlichen Notlagen
- Zuschüsse an Anlauf- und Beratungsstellen für Frauen aus der Dritten Welt und Osteuropa, die von Menschenhandel oder Zwangsprostitution betroffen sind
- Projektförderung "Women go digital"
Landwirtschaft und Weinbau +3.700.000 €